

Kleinwaffen-Newsletter

Informationen von DAKS und WORLD VISION Deutschland e.V. – Ausgabe 05/06

1. IANSA: Positionspapiere überarbeitet

Zur Unterstützung der Lobby-Arbeit von Nichtregierungsorganisationen hat IANSA seine bisherigen Positionspapiere überarbeitet und zum Teil neue erstellt. Das Netzwerk möchte den NGOs erleichtern, in den verbleibenden Wochen bis zur UN-Kleinwaffenkonferenz Einfluss auf die Politik der je eigenen Regierung zu nehmen. Berücksichtigt werden müsse dabei auch, dass der Vorsitzende der Überprüfungs-konferenz, der srilankanische Botschafter Kariyawasam, bereits im Mai Konsultationsgespräche mit Regierungsvertretern führen wird.

Die Papiere (in englischer Sprache) umfassen die fünf Schwerpunktthemen von IANSA: Kontrolle internationaler Kleinwaffentransfers, nationale Schusswaffengesetzgebung, Verknüpfung von Entwicklung und Kleinwaffenkontrolle, Hilfe für Kleinwaffen-Opfer und zukünftige Schritte im UN-Kleinwaffen-Prozess. Die Positionspapiere sind so aufbereitet, dass sie Regierungsvertretern bei Gesprächen überreicht wer-

den können. Wer sie erhalten will, kann an IANSA mailen:

anthea@iansa.org

IANSA meldet weiterhin, dass die Fotogalerie „One Million Faces“ inzwischen 960.000 erreicht hat. Damit könnte das Ziel bis zum Beginn der Überprüfungs-konferenz erreicht werden.

Vom 22.-29. Mai findet wie bereits in den vergangenen Jahren die „Global Week of Action“ statt, bei der öffentliche Veranstaltungen weltweit auf die Kleinwaffen-Problematik hinweisen werden.

Der Bericht „Bringing the global gun crisis under control“, herausgegeben vom IANSA-Sekretariat in London, gibt einen Überblick über die Verbreitung von Kleinwaffen und die Bedeutung des UN-Prozesses zu Kleinwaffen.

Weitere Infos zu diesen Themen unter:

<http://www.iansa.org/>

2. Streumunition: DFG-VK appelliert an DaimlerChrysler

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der DaimlerChrysler AG am 11. April 2006 in Berlin hat der Politische Geschäftsführer der DFG-VK, Joachim Thommes, die Konzernführung aufgefordert, aus der Produktion von Streumunition auszusteigen. Der Vorstand müsse, um seiner ethischen und gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, alle Rüstungsk Kooperationen beenden und außerdem offen legen, an welchen Rüstungsfirmen DaimlerChrysler beteiligt sei (z.B. bei EADS). Dabei dürften die indirekten Beteiligungen nicht übersehen werden.

Den Redebeitrag von Joachim Thommes und die Presseerklärung der DFG-VK zur EADS-Bilanzkonferenz am 4. Mai 2006 gibt es unter

<http://www.deutsche-friedensgesellschaft.de/daimlerChrysler.php#postkarte>

Auf dieser Internetseite besteht die Möglichkeit, eine Protestpostkarte gegen Rüstungsprojekte von DaimlerChrysler als e-card zu versenden. Die Karte kann aber auch bei der Bundesgeschäftsstelle der DFG-VK (Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt/M.) bestellt werden.

3. Amnesty International: Bericht zu weltweitem Kleinwaffenhandel

Ein wachsendes Netzwerk von Waffenhändlern würde zur Zunahme von Tötungen, Vergewaltigung und Folter beigetragen. Am Beispiel von Händlern aus unterschiedlichen Ländern stellt die Studie „Dead on Time – arms transportation, brokering and the threat to human rights“ die steigende Komplexität der Transportwege dar. Immer mehr Waffen – zwei

Drittel der weltweiten Waffenimporte – würden über Mittelsmänner von den großen Waffenlieferanten in Entwicklungsländer geliefert. Beleuchtet werden auch die Fälle, in denen UN-Friedensmissionen Firmen beauftragt hatten, die in illegale Waffentransfers verwickelt gewesen waren. Weitere Infos unter:

http://www.iansa.org/issues/arms_brokers.htm

4. terre des hommes: Neue Studie über Vertreibung von Kindern

Am 26. April 2006 hat terre des hommes Deutschland e.V. in Berlin die Studie „Vertreibung von Kindern verhindern!“ vorgestellt. Hintergrund, so der Autor und Referent für Kinderrechte Andreas Rister, sei die in der Öffentlichkeit bisher wenig beachtete Tatsache, dass 25 Millionen Menschen derzeit innerhalb ihres eigenen Landes auf der Flucht vor Krieg und Gewalt seien. Diese „intern Vertriebenen“ seien Opfer von humanitären Katastrophen.

Besonders Kleinwaffen spielen bei der Bedrohung der Zivilbevölkerung immer wieder eine

entscheidende Rolle – sei es, wenn Kinder als Soldaten rekrutiert werden oder ganze Regionen mit Landminen geradezu verseucht sind. terre des hommes ergänzt die Diskussion um bessere Schutzmaßnahmen für diese Menschen mit Länderbeispielen aus Südostasien (Burma, Thailand, Indonesien sowie Philippinen) und Kolumbien. Wer das Buch als Druckausgabe beziehen möchte, kann sich per Mail bei Andreas Rister erkundigen: a.rister@tdh.de

Weitere Infos zu der Studie gibt es unter:

<http://www.tdh.de/content/index.htm>

5. Erfurt: Minen als Objekt moderner Fotografie

Die Kunsthalle Erfurt zeigt noch bis zum 25. Juni 2006 die Ausstellung „Réinventer le visible. Zeitgenössische französische Fotografie von 1985 bis 2005 aus der Sammlung des Maison Européenne de la Photographie Paris“, die u. a. Arbeiten des französischen Fotografen Raphaël Dallaporta beinhaltet. Der in Paris arbeitende Künstler hat für seine aktuellen Arbeiten Minen und Streumunition verschiedenen Typs abgelichtet, entstanden sind sie im Rahmen der Antipersonen-Minen-Kampagne und des Projektes „Wanted! A mine free world“. Obwohl es seltsam erscheinen mag, diese Waffen als Objekte von Kunst zu betrachten, bleibt man nach Dallaportas Bildern verstört zurück. Er hat diese Erfindungen – einzig dazu gedacht, Menschen zu töten und zu verstümmeln – als Produkte

abgelichtet, die man ohne Weiteres im Kaufhausregal vermuten würde. Indem den Fotografien dann aber exakte Beschreibungen von Wirkungsweise, Hersteller und Einsatzregion beigelegt werden, erschrickt man vor dem Erfindungsgeist des Menschen, der die Zerstörungskraft dieser Waffen immer weiter perfektioniert. Jody Williams, Sprecherin der Internationalen Kampagne zur Ächtung von Landminen, hat zur Ausstellung eine Erläuterung über Landminen – „Waffen des Terrors“ – beigelegt. Weitere Infos zur Ausstellung gibt es unter:

<http://www.kunsthalle-erfurt.de/>

Die Bilder von Raphaël Dallaporta sind unter dem Titel „Antipersonnel“ im Buchhandel erhältlich. Sie finden sich auch im Internet:

<http://www.raphaeldallaporta.com/>

6. WORLD VISION Kanada: Umfrage zu Kleinwaffen und Kindern

WORLD VISION Kanada wird eine Untersuchung zum Thema Kleinwaffen und der Gefährdung von Kindern durchführen. Mittels eines Fragebogens soll ermittelt werden, welche Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen als notwendig angesehen werden, um Kindern in bewaffneten Konflikten und Gewaltszenarien zu

helfen. Eine Zusammenstellung der Ergebnisse soll im Rahmen der UN-Kleinwaffenkonferenz veröffentlicht werden. Abgabefrist für die ausgefüllten Fragebögen ist der 29. Mai 2006.

Weitere Infos finden sich unter:

<http://www.iansa.org/issues/children-survey.htm>

7. "Sammelausfuhrgenehmigungen bleiben bislang gewollt unbeachtet!"

Interview mit MdB Paul Schäfer

Paul Schäfer ist Bundestagsabgeordneter von "DIE LINKE" und verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Zum Thema Sammelausfuhrgenehmigungen hatte er eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Mit den kürzlich veröffentlichten Antworten macht die Regierung zum ersten Mal Angaben zu diesen Rüstungsexporten.

1. Welche Rolle spielen Sammelausfuhrgenehmigungen im Verhältnis zu den Einzelgenehmigungen für Rüstungsexporte in Deutschland?

Zwischen 1998 und 2004 hat die Bundesregierung Sammelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter der Ausfuhrliste Teil 1 A im Wert von etwa 17,9 Mrd. Euro erteilt. Dies macht ungefähr 42 % des gesamten Genehmigungswertes für Rüstungsexporte aus. Sammelausfuhrgenehmigungen spielen also eine wichtige Rolle.

Leider hat es die Bundesregierung bislang vorgezogen, in den jährlichen Berichten über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter diese Genehmigungen weitestgehend auszuklammern. Über die Empfängerstaaten, den Gegenstand der Genehmigungen oder ihren Warenwert erfährt man in den Jahresberichten so gut wie nichts.

Gleiches gilt für die Erfassung der realen Exporte, die aufgrund solcher Genehmigungen getätigt werden. Hier sperrt sich die Bundesregierung generell seit langem gegen mehr Transparenz. Ihr Hauptargument ist der Datenaufwand, der mit einer statistischen Erfassung der realen Exporte verbunden wäre.

2. Was unterscheidet die so genannten Sammelausfuhrgenehmigungen von denjenigen für Einzelausfuhren?

Die Sammelausfuhrgenehmigungen werden im Unterschied zu anderen Genehmigungen für

zwei Jahre erteilt. In dieser Zeit kann die deutsche Rüstungsfirma ungehindert Rüstungsgüter, -technologien und -komponenten innerhalb der beantragten Menge an einen Staat exportieren. Hier geht es nicht um den Export kompletter Waffensysteme sondern um Teile davon.

Ein zweiter Unterschied ergibt sich daraus, dass diese Genehmigungen nach Angaben der Bundesregierung in erster Linie nur für anerkannte "Internationale Gemeinschaftsprogramme" beantragt werden können. Als "Internationale Gemeinschaftsprogramme" werden solche multinationalen Rüstungsvorhaben anerkannt, an denen ein deutsches Ministerium beteiligt ist und für deren Durchführung ein deutsches Rüstungsunternehmen verantwortlich ist. Ihre Laufzeit beträgt in der Regel mehrere Jahrzehnte. Für solche Programme gilt z.B. die weitestgehend uneingeschränkte Versorgung des Empfängers mit – z.T. auch höherwertigen – Ersatzteilen. In den Vertragsverhandlungen werden bereits die Bedingungen für den Weiterexport der deutschen Komponenten festgeschrieben. Der Genehmigungsvorbehalt der Bundesregierung wird bei diesen Geschäften eher zu einer unverbindlichen Konsultationsaufforderung.

Drittens findet die Erfassung der realen Exporte auf Grund solcher Sammelausfuhrgenehmigungen durch die deutschen Ausfuhrbehörden nur eingeschränkt statt. Die Unternehmen melden lediglich alle halbe Jahre, welche Exporte sie getätigt haben. Eine Überprüfung der tatsächlichen Ausfuhren durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle findet nach Angaben der Bundesregierung nicht statt.

3. Werden auch Sammelausfuhrgenehmigungen für den Export von Kleinwaffen oder Munition genehmigt?

Die statistischen Angaben der Bundesregierung auf unsere Anfrage zeigen, dass dies in den letzten fünf Jahren wohl nur viermal der Fall war, davon zweimal im Rahmen privatwirtschaftlicher Kooperationsvorhaben mit der Schweiz und den USA.

4. Lässt sich den Antworten der Bundesregierung entnehmen, in welche Staaten diese Waffen geliefert werden?

Nein, die Antworten der Bundesregierung erlauben es nicht, präzise Angaben über Empfängerstaaten, gelieferte Waffenkomponenten und den Wert der Lieferungen zu machen. Diese Intransparenz ist meines Erachtens von der Bundesregierung gewollt.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung langsam beginnt, den Bereich möglicher Empfängerstaaten auszuweiten, macht es eigentlich notwendig, verstärkt ein Augenmerk auf die Sammelausfuhrgenehmigungen zu richten. Obwohl die Bundesregierung betont, dass eigentlich nur EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Staaten Partner bei Gemeinschaftsprogrammen sein können, profitierten auch Firmen in Chile, Malaysia und Südafrika von den Vorzügen dieses Verfahrens. Gleiches gilt für israelische Rüstungsunternehmen, welche bei vielen Rüstungsvorhaben wichtige Partner sind.

5. Gibt es einen Ansatz zur Kontrolle des Endverbleibs der Rüstungsgüter?

Einen Ansatz gibt es schon. Allerdings basiert das System größtenteils auf dem Vertrauen in das korrekte Verhalten der exportierenden Unternehmen und des Empfängers. Bei Sammelausfuhrgenehmigungen kommt hinzu, dass es

sich fast ausschließlich um Komponenten handelt, die in ein Waffensystem eingebaut werden. Damit erlischt in vielen Fällen auch die rechtliche Eigenständigkeit des Rüstungsgutes und damit die Informations- und Genehmigungspflicht.

6. Warum hat die Bundesregierung diese Informationen bislang nicht in den jährlichen Rüstungsexportbericht aufgenommen?

Die Bundesregierung ist anscheinend der Auffassung, dass die schlichte Nennung des Gesamtwertes aller Sammelausfuhrgenehmigungen ausreicht, um die Bevölkerung über das Ausmaß deutscher Rüstungsexporte zu informieren. Die Liste der Verbesserungsmöglichkeiten in diesem Bereich ist lang. Die statistischen Angaben der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage könnten problemlos integriert werden – genauso wie eine Liste der derzeitigen Gemeinschaftsprogramme.

Aber die Gründe für den Unwillen liegen vor allem woanders. Die Bundesregierung scheut eine Diskussion über die Lieferung deutscher Rüstungskomponenten an die NATO-Verbündeten. Diese Exporte werden verharmlost, obwohl die USA und Großbritannien 2003 einen völkerrechtswidrigen Krieg vom Zaun gebrochen haben. Deutsche Rüstungsunternehmen liefern Komponenten, die in diesen Staaten in Waffensysteme eingebaut werden und später dann auch gerne an so genannte “befreundete Staaten” der USA, Frankreichs oder Großbritanniens abgegeben werden – Endverbleibszertifikat hin oder her.

Die Fragen stellte André Maertens.

8. BICC: Neue Internetseite zu Rüstungsexporten

Seit Ende April bietet das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) einen erweiterten Informationsservice zu den Themen Rüstung, Militär, Sicherheit an. Sechzehn Länderportraits geben detailliert Auskunft zu Bewaffnung und Stärke der Streitkräfte des jeweiligen Landes, zur Bedeutung der lokalen Waffenindustrie und weiteren rüstungsexportpolitischen

Faktoren. Auf der Internetseite sind außerdem grundlegende Daten zur Menschenrechtslage und weiteren Themen der Regierungsführung in 170 Ländern zu finden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert dieses Datenbanken-Projekt. Zu finden ist es unter:

www.ruestungsexport.info

9. Schweiz: Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten

In der Schweiz hat sich eine Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten formiert. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) meldet, dass sich an der Initiative bisher der christliche Friedensdienst (cfd), A Gauche Toute und die JungsozialistInnen (JUSO) angeschlossen hätten. Die Grünen, die sich ebenfalls intensiv an der Erarbeitung des Initiativtextes beteiligt hätten, die sozialdemokratische Partei und weitere Organisationen würden in den kommenden Wochen entscheiden. Zur Zeit, so der Sekretär der GsoA Andreas Cassee, liege der Text zur Vorprüfung und Übersetzung bei der Bundeskanzlei, die Sammelfrist beginne voraussichtlich Ende Juni oder Anfang Juli.

Dann habe die Initiative anderthalb Jahre Zeit, um 100.000 Unterschriften zu sammeln. Gelingt dies, so würde es zu einer Volksabstimmung kommen.

Gefordert wird u.a. ein Aus- und Durchfuhrverbot für Kleinwaffen und leichte Waffen sowie die dazugehörige Munition, die weder der Jagd noch dem Sport dienen. Denn Kleinwaffen seien die eigentlichen Massenvernichtungswaffen – in vielen Konflikten würden die meisten Menschen durch kleinkalibrige Schusswaffen sterben. Der Initiativtext und weitere Infos (z.B. Artikel zur Kriegsmaterial-Exportpolitik der Schweiz) finden sich auf der Seite der GsoA:

<http://www.gsoa.ch/ruestung/>

10. Weitere Links

- ▶ Die Direktorin von IANSA, Rebecca Peters, weist in einem Artikel über den aktuellen Stand des internationalen Kleinwaffen-Prozesses darauf hin, dass laut FAO (Food and Agriculture Organisation) die Kleinwaffenproblematik auch zum Entstehen von Hungersnöten beitragen kann:
<http://www.acronym.org.uk/dd/dd82/82rp.htm>
- ▶ Die Autonome Universität Barcelona hat eine Untersuchung von 21 Programmen zu „DDR“ (Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration) durchgeführt, wobei vor allem Staaten in Afrika und Asien behandelt wurden:
<http://www.escolapau.org/programas/ddri.htm>
- ▶ Ein Bericht des Conflict Analysis Resource Centre (CERAC) und des Small Arms Survey zur Kleinwaffen-Problematik in Kolumbien kommt zu dem Ergebnis, dass weit mehr Menschen in städtischen Regionen und durch kriminelle Handlungen Opfer von Kleinwaffengewalt werden als durch den Krieg in den ländlichen Gebieten:
<http://www.cerac.org.co/launch.htm>
- ▶ Vertreter von über 140 Nationen haben beim Treffen der Inter-Parliamentary Union Anfang Mai in Nairobi eine Resolution beschlossen, die einen weltweit gültigen Kontrollvertrag unterstützt und dies auch als ein Ergebnis der UN-Kleinwaffen-Konferenz sehen will:
www.ipukenya.org

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261
79019 Freiburg

WORLD VISION Deutschland e.V.
Am Houiller Platz 4
61381 Friedrichsdorf
Web: www.worldvision.de

Tel. 0761-7678088

E-Mail: ribfr@breisnet-online.de

Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Velbert
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ...sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und WORLD VISION Deutschland e.V. übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: André Maertens.